

Kleine Anfrage

des Abg. Bernhard Eisenhut AfD

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Ablehnung der Covid-19-Impfkampagne von Ärzten

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Ärzte wurden hinsichtlich der Teilnahme an der Covid-19-Impfkampagne kontaktiert?
2. Wie viele Ärzte/Arztpraxen haben ihre Teilnahme bei der Covid-19-Impfkampagne zugesagt?
3. Wie viele Ärzte haben die Teilnahme an der Covid-19-Impfkampagne abgelehnt?
4. Welche Gründe wurden hierfür jeweils angegeben?
5. Wie viele Ärzte haben explizit aus medizinischen Gründen eine Ablehnung der Impfstoffe gegen Covid-19 mitgeteilt?
6. Mit welchen Konsequenzen haben Ärzte, welche sich an der Covid-19-Impfkampagne nicht beteiligen, zu rechnen?

23.8.2021

Eisenhut AfD

Begründung

Seit Dezember 2020 werden Menschen mit dem neuartigen mRNA-Impfstoff geimpft. Nachdem die Impfzentren ausgedient haben, übernehmen die Hausärzte. Es gibt jedoch vermehrt Meldungen von Ärzten, welche sich an der Covid-19-Impfkampagne aus medizinischen Gründen nicht beteiligen wollen. Dass immer mehr Kassen- und Privatärzte sich aus der Corona-Impfkampagne zurückziehen, berichtet die „Welt am Sonntag“ unter Berufung auf Zahlen des Robert Koch-Instituts.

Eingegangen: 23.8.2021 / Ausgegeben: 23.9.2021

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Demnach haben in der ersten Augustwoche lediglich knapp 30 000 Praxen Impfungen gegen Covid-19 verabreicht. Zwischenzeitlich seien es weit über 50 000 Praxen gewesen.

Diese Kleine Anfrage soll den erwähnten Meldungen auf den Grund gehen und die Rolle der ärztlichen Unterstützung beleuchten.

Antwort

Mit Schreiben vom 16. September 2021 Nr. IK-0141.5-017/743 beantwortet das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie viele Ärzte wurden hinsichtlich der Teilnahme an der Covid-19-Impfkampagne kontaktiert?*
- 2. Wie viele Ärzte/Arztpraxen haben ihre Teilnahme bei der Covid-19-Impfkampagne zugesagt?*
- 3. Wie viele Ärzte haben die Teilnahme an der Covid-19-Impfkampagne abgelehnt?*
- 4. Welche Gründe wurden hierfür jeweils angegeben?*
- 5. Wie viele Ärzte haben explizit aus medizinischen Gründen eine Ablehnung der Impfstoffe gegen Covid-19 mitgeteilt?*

Die Fragen 1 bis 5 werden aus Gründen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Seitens des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration wurden im Rahmen der Impfkampagne keine Ärztinnen und Ärzte hinsichtlich der Teilnahme an der Covid-19-Impfkampagne kontaktiert und es besteht auch keine Meldepflichtung von Ärztinnen und Ärzten gegenüber dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration bezüglich der Teilnahme an der Impfkampagne.

Bekannt ist demgegenüber, dass sich laut aktueller Statistik (Stand 6. September 2021) der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg insgesamt 6 799 Praxen an der Impfkampagne beteiligen. Die Zahl der dort jeweils impfenden Ärztinnen und Ärzte ist nicht bekannt, auch nicht die Zahl der mit Impfungen befassten Betriebsärztinnen und -ärzte.

Insofern liegen keine weiteren Erkenntnisse über die mit den Fragen 2 bis 5 aufgeworfenen Themenstellungen vor.

- 6. Mit welchen Konsequenzen haben Ärzte, welche sich an der Covid-19-Impfkampagne nicht beteiligen, zu rechnen?*

Nach den Regelungen der Muster-Berufsordnung (MBO) der Bundesärztekammer ist „der ärztliche Beruf kein Gewerbe. Er ist seiner Natur nach ein freier Beruf“ (vgl. § 1 Abs. 1 MBO-Ä). Das heißt der Arzt oder die Ärztin ist grundsätzlich in seiner Berufsausübung frei. Eine Verpflichtung oder ein Zwang, bestimmte ärztliche Leistungen (wie beispielsweise die SARS-CoV-2-Impfung) in der Praxis anzubieten, besteht nicht. Der Arzt oder die Ärztin in der Praxis hat keinen Vorgesetzten, der ihm die Beteiligung an der COVID-19-Impfkampagne anweisen könnte. Ärzte, die sich aus unterschiedlichen Gründen (z. B. aufgrund ihrer Grundeinstellung, der räumlichen Verhältnisse in der Praxis oder des organisatorischen Mehraufwandes) nicht an der COVID-19-Impfkampagne beteiligen möchten, haben daher von staatlichen Stellen keine negativen Konsequenzen zu befürchten.

Lucha

Minister für Soziales,
Gesundheit und Integration